

Washington News

Nr. 2 vom 17. Januar 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **USTR veröffentlicht Verhandlungsziele für Abkommen mit der EU**
- **Repräsentantenhaus thematisiert transatlantische Beziehungen**
- **Abstimmung zur Aufhebung der Russland-Sanktionen**
- **Negative Auswirkungen des Shutdown auf Luftfahrt**
- **Deutsche Start-ups in New York können Förderprogramme nutzen**
- **BDI-Positionspapier zum transatlantischen Handel**
- **Gesetzentwurf zur Stärkung der handelspolitischen Kompetenzen des Präsidenten**
- **Verfassungsmäßigkeit des CFPB**

Diese Woche in Washington

Der seit 27 Tagen anhaltende *government shutdown* wirkt sich vermehrt negativ auf handelsrelevante Behörden aus. Neben dem Wirtschaftsministerium, der *International Trade Commission* und dem Grenzschutz hat nun auch das Büro des US-Handelsbeauftragten Mitarbeiter beurlaubt.

Die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (D-CA) hat unterdessen Präsident Trump vorgeschlagen, seine auf den 29. Januar festgelegte *State of the Union*-Rede zu verschieben oder schriftlich einzureichen. Die Sicherheit des Präsidenten könne während seines Besuchs im Kongress aufgrund des *shutdowns* möglicherweise nicht ausreichend gewährleistet werden. US-Heimatschutzministerin Kirstjen Nielsen wies diese Vermutung deutlich zurück.

Der Vorsitzende im Finanzausschuss Chuck Grassley (R-IA) hat in einem Gespräch mit Journalisten betont, dass er Zölle grundsätzlich ablehne, sie aber ein geeignetes Mittel zum Zweck sein könnten, um etwa die EU an den Verhandlungstisch zu bekommen. Gleichzeitig versicherte er, dass freier und fairer Handel weiterhin oberste Priorität in seinem Ausschuss habe.

Im Repräsentantenhaus wurde Earl Blumenauer (D-OR) zum Vorsitzenden des *Ways and Means*-Unterausschusses für Handel gewählt. Als wichtigster Republikaner steht ihm Vern Buchanan (R-FL) zur Seite. (cs)

USTR veröffentlicht Verhandlungsziele für Abkommen mit der EU

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer hat am

Kurzmeldungen

BDI-Positionspapier zum transatlantischen Handel

Die EU und die USA führen derzeit Vorgespräche über ein transatlantisches Handelsabkommen. Gleichzeitig drohen nach wie vor Zölle auf US-Automobilimporte. Die deutsche Industrie bedauert, dass mit den USA derzeit keine Verhandlungen über ein umfassendes und ambitioniertes Abkommen möglich sind. Ein Industriegüterabkommen sollte auch den Automobilhandel einschließen. Übergangsphasen sollten – wo nötig – kurz sein. Das vollständige Positionspapier des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

11. Januar [die Verhandlungsziele](#) für ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU veröffentlicht. Hauptziel des Handelsabkommens für die USA ist es demnach, tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abzubauen, um besser bezahlte Arbeitsplätze im Inland zu schaffen und die heimische Wirtschaft zu stärken. Das 14-seitige Dokument umfasst 25 Bereiche, unter anderem den Marktzugang für US-Agrarprodukte und die Einführung von Ursprungsregeln. Letztere sollen Anreize bieten, um die Produktion in den USA anzukurbeln. Das Handelsbilanzdefizit mit der EU soll verringert werden. Die US-Administration kann nun nach einer Frist von 30 Tagen ab Veröffentlichung der Verhandlungsziele offiziell in Verhandlungen mit der EU treten.

Unterstützung für seinen Vorschlag erhält Lighthizer vermehrt aus dem US-Kongress, zum Beispiel von Senator Chuck Grassley (R-IA), Vorsitzender des Finanzausschusses, der die Öffnung des EU-Agrarmarktes fordert. In diesem Punkt herrscht Uneinigkeit mit der EU. Erst vergangene Woche hatte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström während ihres Besuchs in Washington erneut betont, dass die EU-Mitgliedstaaten kein Verhandlungsmandat für den Agrarsektor erteilt hätten. (kw)

Repräsentantenhaus thematisiert transatlantische Beziehungen

Am 15. Januar haben Gregory Meeks (D-NY) und Joe Wilson (R-SC) den *EU-Caucus* im 116. Kongress offiziell neu gestartet. Während einer Ansprache vor dem *Caucus* bezeichnete EU-Botschafter David O'Sullivan die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der EU als die wichtigsten der Welt. Wilson wies auf die bedeutende Rolle hin, die der Handel in seinem Bundesstaat South Carolina spielt. Ausländische Investitionen hätten hier nicht nur Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch die Exporte aus South Carolina erhöht, insbesondere im Automobilsektor. Auch wenn es Meinungsverschiedenheiten zwischen Demokraten und Republikanern bei vielen anderen Themen gäbe, seien die transatlantischen Beziehungen ein parteiübergreifendes Thema, so Meeks.

Des Weiteren äußerte eine Gruppe von Abgeordneten gegenüber US-Außenminister Mike Pompeo Besorgnis über die Herabstufung des diplomatischen Status der EU-Vertretung in Washington. In ihrem [Brief](#) fordern die Abgeordneten die Administration auf, ihre Entscheidung zu erklären. (ch)

Abstimmung zur Aufhebung der Russland-Sanktionen

Am 4. Januar hatte der Minderheitsführer im Senat Charles Schumer (D-NY) eine Resolution eingebracht, die die

(BDI) finden Sie [hier](#). (cs)

Gesetzentwurf zur Stärkung der handelspolitischen Kompetenzen des Präsidenten

Der Abgeordnete im Repräsentantenhaus Sean Duffy (R-WI) zirkuliert derzeit einen Gesetzentwurf, der dem Präsidenten neue, weitreichende Befugnisse zur Verhängung von Schutzzöllen verleihen würde. Peter Navarro, Wirtschaftsberater im Weißen Haus, unterstützt Duffys Initiative. Eine Verabschiedung des sog. *Reciprocal Trade Act* gilt jedoch als unwahrscheinlich. (kw)

Verfassungsmäßigkeit des CFPB

Der Oberste Gerichtshof der USA hat den Antrag von Interessenvertretern abgelehnt, die Entscheidung eines US-Berufungsgerichts zu überprüfen, nach der das von der Obama-Administration gegründete *Consumer Financial Protection Bureau* (CFPB) verfassungskonform ist. Nach Ansicht der drei Kläger – *State National Bank of Big Spring*, das *Competitive Enterprise Institute* und die *60 Plus Association* – ist die Struktur des CFPB als „unabhängige“ Behörde verfassungswidrig. (cs)

geplante Aufhebung der Sanktionen gegen drei von dem russischen Oligarchen Oleg Deripaska kontrollierten Unternehmen (EN+, Rusal, JSC EuroSibEnergo) ablehnt. Da die gesetzliche Überprüfungsfrist von 30 Tagen am 17. Januar ausläuft, hat Schumer diese Woche versucht, die Resolution zur Abstimmung zu bringen. In einer Rede im Plenum des Senats betonte er, dass keine Sanktionen aufgehoben werden sollten, solange Russland sein Verhalten nicht ändere.

Kurz vor der ersten Abstimmung informierte US-Finanzminister Steven Mnuchin die Republikaner im Senat über die erzielte Vereinbarung zwischen dem Finanzministerium und den drei Unternehmen. Er forderte die Republikaner auf, die Entscheidung der Trump-Administration zu unterstützen und betonte, dass Deripaska selbst weiterhin sanktioniert sei. Dennoch zeigten sich elf Republikaner von diesem Appell unbeeindruckt und stimmten zusammen mit den Demokraten für Schumers Resolution. Allerdings reichten die 57 Gesamtstimmen nicht aus, um die Resolution zur Schlussabstimmung zu bringen. Hierfür wären 60 Stimmen nötig gewesen.

Zwar hat das Repräsentantenhaus heute eine vergleichbare Resolution mit großer Mehrheit angenommen (362-53), da jedoch ein Beschluss aus beiden Kammern nötig ist und die Überprüfungszeit am heutigen Donnerstag ausläuft, kann der Kongress die geplante Lockerung der Sanktionen wahrscheinlich nicht mehr blockieren. Das bedeutet, die drei Unternehmen werden von der Sanktionsliste entfernt. (ch)

Negative Auswirkungen des shutdown auf Luftfahrt

In einem gemeinsamen Brief an US-Präsident Donald Trump, die Sprecherin im Repräsentantenhaus Nancy Pelosi (D-CA) und den Mehrheitsführer im Senat Mitch McConnell (R-KY) fordern 34 Interessengruppen der Luftfahrtbranche eine schnellstmögliche Wiederaufnahme der Regierungsgeschäfte, da der anhaltende *government shutdown* sich negativ auf die Luftfahrtindustrie auswirke. Neue Flugrouten und Flugzeuge könnten nicht wie geplant zugelassen werden, Piloten warteten auf ihre Lizenzen und bauliche Maßnahmen an Flughäfen verzögerten sich.

Die Gewerkschaft der Flutlotsen (NATCA) hat unterdessen die Regierung verklagt, da ihre Mitglieder während des *shutdowns* unbezahlt weiterarbeiten müssen. Dies verstoße gegen den fünften Verfassungszusatz sowie gegen den *Fair Labor Standards Act*. Auch die Angestellten der *Transportation Security Administration* (TSA) arbeiten derzeit unbezahlt. Die Krankmeldungen liegen laut TSA bei gegenwärtig 7,6 Prozent; im selben Zeitraum des Vorjahres seien es 3,2 Prozent gewesen. (cs)

Deutsche Start-ups in New York können Förderprogramme nutzen

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

In New York City befinden sich für Start-ups nicht nur wichtige Geldgeber, sondern auch interessante Kunden. Zu letzteren gehören 8.000 Technologieunternehmen mit zusammen 326.000 Beschäftigten, die sich in der Metropole niedergelassen haben, aber auch zahlreiche Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Für die Anwendungsbereiche Kunst, Lifestyle und Medien ist *Big Apple* sogar der weitaus bedeutendste Standort in den USA. Zudem ist die durchschnittliche Kaufkraft in der Stadt sehr hoch – jährlich fliegen Millionen von Touristen aus der gesamten Welt eigens zum Konsumieren und Einkaufen ein. Für deutsche Start-ups in den USA bietet New York eine geeignete Plattform. Neben der dortigen Auslandshandelskammer (AHK) und dem *German Accelerator* unterstützen auch US-Behörden. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

